

21.01.2019

1

2 *Beschlussvorlage*

3 Die Union der Sicherheit - Europa in Zeiten des internationalen Terrorismus (Europa auf
4 dem Weg zur Sicherheitsunion)

5 **Präambel**

6 Die Europäische Union ist der Zusammenschluss und die Selbstverpflichtung befreundeter
7 Staaten auf der Grundlage gemeinsamer Werte. Das Bekenntnis zu diesen grundlegenden
8 Werten der Freiheit, Gleichheit und Solidarität, der Achtung der Menschenrechte und der
9 Bewahrung der Grundsätze von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eint und verpflichtet die
10 gesamte EU. Eine der größten Errungenschaften der europäischen Integration ist das
11 europäische Friedensprojekt. Das grenzkontrollfreie Reisen innerhalb der Mitgliedstaaten des
12 Schengenraumes ist eine der großen Erfolge der letzten Jahrzehnte. Voraussetzung dafür ist
13 allerdings ein effektiver Schutz der EU-Außengrenzen. Solange dieser nicht besteht, ist – wo
14 notwendig – die temporäre Fortführung von Binnengrenzkontrollen weiterhin erforderlich.
15 Terrorismus bzw. terroristische Handlungen mit grenzüberschreitendem Charakter erfordern
16 zudem, dass wir gemeinsam mit allen rechtsstaatlichen Mitteln noch wirksamer zum Schutz
17 der Menschen handeln müssen.

18 Die Herausforderungen des internationalen Terrorismus beschäftigen die europäischen
19 Staaten und die Europäische Union bereits seit einigen Jahren. Im Angesicht wachsender
20 Gefahren und sich wandelnder grenzüberschreitender Bedrohungen bedarf es koordinierter,
21 konsequenter und klarer Antworten auf allen Ebenen. Die Europäische Union ist hier ebenso
22 gefragt wie die Bundesrepublik Deutschland und die deutschen Länder. Zielgerichtete
23 Maßnahmen müssen präventiv und repressiv wirken. Die Fraktionsvorsitzenden von CDU und
24 CSU fordern daher eine intensivere Zusammenarbeit und einen besseren
25 Informationsaustausch zwischen den Staaten, Behörden und Nachrichtendiensten, verstärkte
26 Präventionsmaßnahmen gegen Radikalisierung, klare, rechtliche Rahmenbedingungen und
27 einen besseren Schutz der Opferrechte.

28 **Informationsaustausch/ Vereinheitlichung von Begriffen**

29 Von herausragender Bedeutung ist der Informationsaustausch der Sicherheitsinstitutionen
30 über staatliche Grenzen hinweg sowie zwischen den europäischen Akteuren. Der Brexit darf
31 zu keinen Nachteilen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger führen, unabhängig
32 davon, ob sie in oder außerhalb der EU leben. Terroristen orientieren sich nicht an
33 Ländergrenzen. Sie nutzen die Möglichkeiten der nationalen und internationalen
34 Kommunikation in ihrem Sinne aus. Trotz aller Bemühungen der letzten Jahre gibt es nach wie
35 vor Schwachstellen und Lücken im Sicherheitssystem und somit Notwendigkeiten, die
36 Mechanismen im Kampf gegen den Terrorismus zu verbessern.

37 So bedarf es gemeinsamer Standards, Definitionen und Datenbanken, der Verknüpfung von
38 Datenbanken (Interoperabilität), wodurch der Austausch wichtiger Informationen ermöglicht
39 und erleichtert wird, um Gefahren, Gefährder und Straftäter frühzeitig zu identifizieren, Wir
40 halten eine einheitliche Festlegung über die Einstufung terrorrelevanter Personen für
41 erforderlich, um europaweit eine Verständigung über Maßnahmen zu ermöglichen.

42 Wir bekräftigen unsere Forderung, dass die Sicherheitsbehörden der Länder und der EU-
43 Mitgliedstaaten ihre Daten über potenzielle Gefahren und Gefährder automatisiert
44 untereinander austauschen. Das Ziel muss eine gemeinsame europaweite Liste für Gefährder
45 sein.

46 Wir bekräftigen unsere bereits 2017 aufgestellte Forderung an die EU nach einer
47 konsequenten Herstellung der Vernetzung der Informationssysteme: Die bisher getrennten
48 Daten in EURODAC, dem Visa-Informationssystem, dem Schengener-Informationssystem (SIS),
49 dem Einreise-/Ausreise-System (EES) und dem erst im August 2018 zugestimmten
50 Europäischen Reise-Informations- und Genehmigungssystem (ETIAS) sowie auch das Europol-
51 Informationssystem (EIS) müssen endlich so verknüpft werden, dass die Polizei- und
52 Sicherheitsbehörden unverzüglich und ohne Hürden notwendige Informationen abfragen
53 können. Die notwendigen technischen Voraussetzungen sind hierfür ständig auf aktuellem
54 Stand zu halten, um den größtmöglichen Grad an Sicherheit zu gewährleisten. Die
55 insbesondere durch die Einrichtung des Einreise-/Ausreise-Systems sowie die Vorschläge zur
56 Verstärkung der Europäischen Grenz- und Küstenwache (Frontex) angestoßene Stärkung der
57 EU-Außengrenzen muss durch die Agenturen sowie die Mitgliedstaaten mittels
58 ordnungsgemäßer Kontrollen an allen Grenzen und effektivem Informationsaustausch mit
59 Leben gefüllt werden. Es wird von den Mitgliedstaaten erwartet, dass sie ihrer Verpflichtung
60 nachkommen und mehr Personal an die Europäischen Grenz- und Küstenwache (Frontex)
61 abtreten.

62 Schließlich bedarf es dringend einer Belebung der Diskussion über die
63 Vorratsdatenspeicherung und einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Urteil des EuGH
64 vom 21.12.2016. Die europäischen Sicherheitsbehörden müssen in die Lage versetzt werden,
65 Terrorismus und Schwerstkriminalität wirksam zu bekämpfen.

66 Weiterhin setzen wir uns für eine stärkere Zusammenarbeit bei der Durchführung von
67 Ermittlungsmaßnahmen der Sicherheitsbehörden ein. Die Nachrichtendienste sollen verstärkt
68 auch im Internet tätig werden. Ihre technischen Fähigkeiten müssen im Rahmen
69 grundrechtssichernder gesetzlicher Vorgaben den Entwicklungen der Technik und dem
70 grundlegenden Wandel des Kommunikationsverhaltens angepasst werden. Kriminelle und
71 terroristische Vereinigungen dürfen sich nicht in der Anonymität des Netzes verstecken
72 können.

73 **Extremismus/ Radikalisierungsprävention**

74 Prävention ist aktiver Opferschutz. Jede Person, die sich nicht radikalisiert oder auf den
75 Boden der demokratisch-freiheitlichen Grundordnung zurückgeführt werden kann, ist eine
76 Gefahr weniger. Hier müssen wir unsere Anstrengungen zum Ausbau von Anti-
77 Radikalisierungsmaßnahmen, wie z.B. Programme für Justizvollzugsanstalten,
78 Aussteigerprogramme und Initiativen im Bereich Bildung sowie Awareness-Kampagnen,
79 beibehalten bzw. weiter ausbauen. Es bedarf darüber hinaus spezifischer Aus- und
80 Weiterbildung zur Sensibilisierung im Umgang mit Radikalisierung.

81 Internet und digitale Kommunikation sind wesentliche Faktoren der Radikalisierung.
82 Deswegen unterstützen die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU ausdrücklich sowohl den
83 Vorschlag der Europäischen Kommission, terroristische Propaganda, möglichst binnen einer
84 Stunde (durch die Dienstanbieter) aus dem Internet zu entfernen, als auch den Aktionsplan
85 der EU gegen Desinformation und die Legislativvorschläge zur Terrorismusbekämpfung der
86 Europäischen Kommission vom 17.04.2018.

87 Menschen, die Opfer von Terroranschlägen geworden sind, sowie deren Angehörige müssen,
88 unbürokratisch und schnell Solidarität und Hilfe erfahren. Hier bedarf es zunächst einer
89 gemeinsamen EU-weiten Definition von „Terrorismusopfern“. Darüber hinaus wollen wir den
90 Aufbau einer EU-Koordinierungsstelle für Terrorismusopfer prüfen, die Krisenunterstützung
91 bei Angriffen leistet. Außerdem sprechen sich die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU
92 dafür aus, zu prüfen, ob der Solidaritätsfonds der EU zur Entschädigung schwerer Folgen bei
93 Terrorangriffen genutzt werden könnte.

94 **Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen auf allen Ebenen - in Europa, Deutschland**
95 **und den Ländern**

96 Die Europäische Union kommt ihrem Auftrag der Friedens- und Wohlstandssicherung immer
97 dann am besten nach, wenn sie mit einer Stimme spricht und gemeinsam für die
98 Europäerinnen und Europäer handelt. Neben dem Aufbau der gemeinsamen Europäischen
99 Staatsanwaltschaft und vieler weiterer Schritte zur Harmonisierung und Koordinierung,
100 müssen die gemeinsamen Maßnahmen auch im Bereich der Terrorabwehr abgestimmt und
101 ausgebaut werden.

102 Die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU unterstreichen die Notwendigkeit der
103 Verschärfung von einzelnen Vorschriften in diesem Bereich. So bspw. die Ermöglichung des
104 Direktzugriffs auf Finanzinformationen zum Zwecke der Verhinderung, Aufdeckung, Ermittlung
105 und Strafverfolgung von schweren Straftaten (wie Terrorist Finance Tracking Program – TFTP);
106 die Verschärfung der Vorschriften über Ausgangsstoffe für Explosivstoffe, die Ein-, Aus- und
107 Durchfuhr von Feuerwaffen und die Verbesserung der Sicherheitsmerkmale von
108 Ausweisdokumenten, damit Terroristen und Gefährdern die Einreise mit gefälschten

109 Dokumenten erschwert wird. Europa hat in den vergangenen Jahren besondere Humanität mit
110 der Aufnahme vieler Menschen gezeigt. Dieser Schutz darf allerdings nicht missbraucht
111 werden – Personen, die wegen einer schweren Straftat verurteilt wurden bzw. terroristische
112 Gefährder sind, kann kein Gast- und Schutzrecht zukommen. Insoweit werden die Vorschläge
113 der Europäischen Kommission zur Verbesserung der EU-Rückführungsrichtlinie grundsätzlich
114 unterstützt.

115 Auch auf nationaler und föderaler Ebene müssen Regelungen angepasst werden.
116 Einbürgerungen von Extremisten müssen verhindert oder – soweit rechtlich möglich –
117 rückgängig gemacht werden können. Wer für eine Terrormiliz gekämpft hat und neben der
118 deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit besitzt, dem muss die deutsche
119 Staatsbürgerschaft aberkannt werden können.

120 Wir wollen die Sympathiewerbung für kriminelle und terroristische Vereinigungen
121 bundesgesetzlich unter Strafe stellen. Für die Unterstützung von terroristischen
122 Vereinigungen wollen wir eine Versuchsstrafbarkeit einführen. Wenn Extremisten in
123 Deutschland aus dem Ausland ideologische Unterstützung erhalten, sind weitere adäquate
124 Abwehrinstrumente wie beispielsweise Ausreise- und Kontaktverbote erforderlich.